

## „Arbeiter im Staatssozialismus“

Peter Hübner

„*Arbeiter im Staatssozialismus – Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit. Die DDR im ostmitteleuropäischen Vergleich*“ war das Thema eines Kolloquiums, zu dem sich vom 25. bis 27. September 2003 rund 30 Historiker aus Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn in Potsdam trafen, darunter ein erfreulich hoher Anteil jüngerer Vertreter der Zunft. Eingeladen zu dieser von der Volkswagen-Stiftung geförderten Tagung hatten das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) und das Institut für soziale Bewegungen (ISB) der Ruhr-Universität Bochum.

Zur einleitenden Abendveranstaltung begrüßte *Christoph Kleßmann*, Direktor des ZZF, die Tagungsteilnehmer und weitere Gäste. Er bezeichnete es als wichtiges Ziel, die bestehenden Kontakte zu Forschern im östlichen Mitteleuropa und in Südosteuropa zu vertiefen und zu erweitern. Den anschließenden Einführungsvortrag hielt *Klaus Tenfelde*, Leiter des ISB, zum Thema „Arbeiter, Arbeiterbewegung und Staat im Europa des ‚kurzen‘ 20. Jahrhunderts“. Deren Geschichte „von ihrem Ende her“ betrachtend, schlug er einen Bogen von der Krise der Gewerkschaften in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas hin zum Beginn des 20. Jahrhunderts, als wichtige Impulse für die Arbeiterbewegungen Europas von Deutschland ausgingen. Es sei wichtig, die Geschichte der einzelnen Arbeiterbewegungen ihrer Mythen zu entkleiden. Die strukturorientierte Sozialgeschichte habe hierfür schon viel getan, gleichwohl bestünden noch erhebliche Defizite. So sei es wichtig, die unterschiedlichen Bedingungen näher zu beschreiben, aus denen unterschiedliche Strukturen und Ziele erwachsen. Aus ihnen erkläre sich auch eine deutliche Differenz zwischen den Arbeiterbewegungen Ost- und Westeuropas. Damit kam Tenfelde auf den Ausgangspunkt seiner Betrachtungen zurück: Arbeiter und Arbeiterbewegungen stünden zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor neuen Herausforderungen, so dem Wandel der Beschäftigungsarten, der Globalisierung des Wirtschaftslebens und der Individualisierung der Lebensweise. Doch deute sich damit nicht das Ende der Arbeitergeschichte an. Allerdings hätten sich die Arbeiterbewegungen auf solche Veränderungen einzustellen.

Das Tagungsprogramm sah drei Sektionen vor, die durch jeweils ein bis zwei Vorträge eingeleitet wurden. Die einzelnen Beiträge lagen, bis auf wenige Ausnahmen, den Teilnehmern schriftlich vor. So konnten sich ihre Autoren zugunsten einer ausführlicheren Diskussion auf knappe erläuternde Statements beschränken, während die Moderatoren der Sektionssitzungen durchaus auch in die Rolle von Kommentatoren schlüpften.

Gegenstand der ersten, von *Jürgen Danyel* (Potsdam) moderierten, Sektion war der „Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung“. Hierzu hielt *Dietrich Beyrau* (Tübingen) das erste Einführungsreferat. Unter dem Thema „Vom

bolschewistischen zum sowjetischen Projekt“ beschrieb er begriffliche, politische und soziale Dimensionen der sowjetischen Arbeitergeschichte. In der Revolution zeitweise historisches Subjekt, seien Arbeiter unter Stalin zum Objekt geworden. Eine Verstaatlichung der Arbeit habe stattgefunden. In der Chruščev-Zeit sei es zu einer Aufwertung der produktiven Sphäre und zu einer Homogenisierung der Gesellschaft gekommen. Immer stärker entwickelten die Betriebe ein Eigenleben, während sich bei der Parteiführung vermehrt Steuerungsdefizite zeigten. Im zweiten Einführungsreferat stellte *Christoph Boyer* (Berlin/Frankfurt am Main) konzeptionelle Überlegungen zum Thema des Kolloquiums an. Mit kritischem Blick auf einen modischen Kulturalismus plädierte er dafür, die Sozialgeschichte der Arbeiter stärker in der politischen Ökonomie zu „erden“. Im Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft habe sich im Staatssozialismus eine systemische Selbstblockade entwickelt, eine „Interessengemeinschaft ‚Weiche Pläne““. Die Entwicklung dahin sei als Systemevolution bzw. als Trift der Aufbaugesellschaft in die Stagnation zu beschreiben.

Der Frage, ob der sozialistische Staat ein Arbeiterstaat gewesen sei, ging *Lerka Kalinová* (Prag) in ihrem schriftlich eingereichten Beitrag am Beispiel der Tschechoslowakei nach. In ihren von *Květa Jechová* (Prag) vorgestellten und kommentierten Ausführungen konzentrierte sie sich auf die politischen Funktionen von sozialer Sicherheit. Die zunächst zugunsten der Arbeiterschaft angelegte Einkommens-, Sozial- und Beschäftigungspolitik wurde seit den sechziger Jahren auf nahezu die gesamte Bevölkerung ausgeweitet. Die ČSSR sei unter dieser Voraussetzung zwar nicht als Arbeiterstaat zu bezeichnen, dennoch aber erwies sie die sozialpolitisch moderierte Beziehung zwischen Machtzentrum und Arbeiterschaft als konstitutives Element des politischen Systems. Waren die Arbeiter im realsozialistischen Bulgarien gar eine Modernisierungsbremse? Dieser Frage wandte sich *Ivo Georgiev* (Sofia/Hamburg) zu. Seiner Meinung nach führten soziale Privilegien der Arbeiter zu einer reservierten Haltung gegenüber den Reformexperimenten der sechziger Jahre. Alle Versuche, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, seien durch eine informelle Koalition von Belegschaften und Betriebsleitern abgewehrt worden. Das habe sich auch bei der als „Neuer Ökonomischer Mechanismus“ 1981 eingeleiteten Wirtschaftsreform gezeigt. Der Systemwechsel von 1989 traf die bulgarischen Arbeiter unvorbereitet und ließ sie ohne die bisherigen Privilegien in einem Zustand der Orientierungslosigkeit zurück. „Arbeiter und Bauern-Arbeiter (Peasant-Workers) im Arbeiterklassen-„Paradies““ betitelt *Dragoș Petrescu* (Bukarest) seinen Beitrag, in dem er auf das Verhältnis von Arbeiterprotest und politischem Arrangement während des Ceaușescu-Regimes einging. Er unterschied zwei Hautgruppen der Arbeiterschaft, die Bauern-Arbeiter und die „eigentlichen“ Arbeiter (the commuters or the peasant-workers, and the „genuine“ workers). Im Zuge der Industrialisierung seien letztere bevorzugt worden, während gleichzeitig immer mehr Arbeiter bäuerlicher Herkunft in die Industrieorte strömten. Auf dem Lande sei die Versorgungskrise der achtziger Jahre besser kompensiert worden. In den Industriestädten hingegen habe der Mangel an Lebensmitteln die revolutionäre Welle von

1989 ausgelöst. „Sonderfall Jugoslawien? Arbeiter im jugoslawischen Selbstverwaltungssozialismus“, unter dieser Überschrift widmete sich *Wolfgang Höpken* (Braunschweig) in seinen schriftlich vorliegenden Ausführungen einem nahezu unerforschten Thema. Das bisherige Desinteresse erklärte er zu einem guten Teil aus „der realhistorischen Entwertung des Sozialismus“. Mit der seit 1950 entwickelten Arbeiterselbstverwaltung habe Jugoslawien unter den sozialistischen Staaten Osteuropas eine Sonderrolle gespielt. Im Hinblick auf ihre Genese und ihr soziales Profil unterschieden sich die meist aus ländlichem Milieu stammenden Arbeiter Jugoslawiens kaum von anderen sozialistischen Ländern, mit Ausnahme der DDR und der ČSSR. Traditionale ländliche Mentalitäten und Verhaltensweisen hielten sich zäh. Die formelle Entscheidungskompetenz im Selbstverwaltungssystem konnte die Machthierarchie der Partei nicht wirklich beeinflussen. Allerdings habe der hohe Koordinationsaufwand zum Niedergang dieses Systems beigetragen. Als „jugoslawische Arbeiterklasse“ blieb die Arbeiterschaft eine ideologische Fiktion. *Anikó Eszter Bartha* (Budapest) lenkte den Blick am Beispiel Ungarns auf das Verhalten der Arbeiter in der Krisenperiode des Staatssozialismus. Als Besonderheit hob sie die Lage des Landes an der zentraleuropäischen Semiperipherie hervor. Ausgehend von einem kritischen Forschungsüberblick wandte sie sich dem eigenen Forschungsprojekt zu, in dem sie die ambivalente Wahrnehmung der Krisenperiode durch ungarische Arbeiter aus der Perspektive der Transformationsperiode untersucht. Vergleichsinterviews mit ostdeutschen Arbeitern ließen eine nahezu identische Sicht der Dinge erkennen. Unter dem Thema „Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR“ wandten sich *Simone Barck* (Potsdam) und *Dietrich Mühlberg* (Berlin) der Frage nach der Funktion von Arbeiterbildern in der realsozialistischen Gesellschaft zu. Bei den in der DDR-Gesellschaft produzierten und wirkenden Arbeiterbildern könne man vier Phasen analysieren: In der ersten Phase der vierziger und fünfziger Jahre wurde um ein „wahrhaftiges“ Menschenbild gerungen. Eine zweite Phase bilden die sechziger Jahre, „die eigentliche Blütezeit von Arbeiter-Bildern in den Künsten und Medien“. Sie waren bestimmt durch Grundsatzdebatten zwischen den Generationen über die Stellung der Arbeiter in der neuen Gesellschaft. In der dritten Phase der siebziger Jahre erwiesen sich Arbeiterbilder der Sechziger für viele Künstler als illusionär, und sie versuchten, sie kritisch aufzuheben. In der vierten Phase der achtziger Jahre habe sich das sozialistisch- industriegesellschaftliche Arbeiterbild der DDR schließlich aufgelöst. Der von *Rainer Gries* (Jena/Wien) eingereichte Beitrag „Rituale: Dramaturgie der Utopie. Eine zusammenfassende Skizze“ weitete diesen Themenkreis aus. Am Beispiel der Demonstration zum 20. Jahrestag der DDR untersuchte er Ritualisierungen des Alltags als Ritualisierungen der Politik. Diese Ritualisierungen wurden von ideologischen, sozialen und politischen Utopien durchzogen. Rituale dienen der Kommunikation der Herrschenden mit den Beherrschten. Der Anteil solch einer politisch intendierten Kommunikation an der Herausbildung von Werten, Orientierungen und Haltungen müsse aber noch genauer untersucht werden, betonte Gries.

Den Einführungsvortrag zu der von *Jennifer Schevardo* (Potsdam) moderierten zweiten Sektion „Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“ hielt *Peter Hübner* (Potsdam) zum Thema „Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter im sowjetischen Block“. Als einen zentralen Punkt der in den „realsozialistischen“ Ländern bestehenden Arbeitsverfassungen und Arbeitsbeziehungen bezeichnete er das Postulat einer Übereinstimmung persönlicher und kollektiver Interessen. Auch wenn diese Annahme so nicht stimmte, habe sie aber wohl konsensorientierte Elemente bei Konfliktlösungen gestärkt. Ein Vergleich der sozialen Sicherungssysteme zeige im Fall der DDR ein traditionsbedingt stärkeres Festhalten am Bismarck-Modell. Insgesamt erfuhren Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungssysteme im Nachhinein eine relativ positive Bewertung, woraus sich vielleicht auch das Beharrungsvermögen der Sozialsysteme im Transformationsprozeß erkläre.

Ihre Betrachtungen zur „Sozial- und Kulturgeschichte politischer Herrschaft in der Arbeitswelt“ leitete *Sandrine Kott* (Paris) mit einem Hinweis auf die begrenzte Erklärungsfähigkeit der verschiedenen totalitarismustheoretischen Ansätze ein. Der Versuch, gesellschaftliche Machtträger differenziert zu systematisieren und ihre Herrschaftstechniken zu beschreiben, führe zu ambivalenten Ergebnissen. Das betreffe auch die Frage nach dem Ausmaß der in der DDR ausgeübten Herrschaft und Unterdrückung. Besonders Arbeiter hätten die Herrschaftspraktiken zu ihren Gunsten instrumentalisiert, wobei sie sich erkennbar auch an gesellschaftliche Rituale hielten. *Annette Schuhmann* (Potsdam) wandte sich in ihrem Beitrag „Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Betrieben der DDR: Sozialhistorisches Novum oder Modifizierung betriebspolitischer Traditionen?“ einem Vorgang zu, der als wichtige Achse der „kulturellen Massenarbeit“ galt. Die betriebliche Kulturarbeit in der DDR knüpfte nicht nur an sowjetische Vorbilder an, sondern nahm auch ältere deutsche Praktiken auf. Allerdings hätten Versuche einer Ideologisierung und Ökonomisierung der Betriebskultur schon früh zu einem Traditionsbruch geführt. Seit den sechziger Jahren sei man aber wieder zu in dieser Hinsicht weniger aufgeladenen Programmen zurückgekehrt. Unter dem Thema „Sozialistisch arbeiten – sozialistisch leben. Gewerkschaften und betriebliche Sozialpolitik in der Tschechoslowakei in den Jahren 1948 bis 1953“ ging *Jiří Mašata* (Ostrava) den Zusammenhängen zwischen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung nach. Besonders interessierte ihn dabei die gezielte Vergabe sozialer Privilegien, die zum einen als Leistungsanreize dienten, zum anderen die Arbeiter an das neue Regime binden sollten. So wurde die Mitgliederwerbung für die „Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung“ (ROH) durch soziale Zuwendungen und Versprechen unterstützt. Den „Betriebsalltag am Beispiel eines Warschauer Werkes 1956-1958“ betrachtete *Malgorzata Mazurek* (Warschau). Besonders ging sie auf die Bedeutung administrativer Strukturen, technologischer Determinanten und sozialer Kontrolle für den betrieblichen Alltag ein. Sie demonstrierte dies an den Zusammenhängen von Arbeitszeitregelungen und Arbeitsdisziplin, den Arbeitsbedingungen und der Gesundheitspolitik sowie am seit der Kriegszeit verbreiteten Phänomen der kleinen

Diebstähle. *Mazurek* verdeutlichte, daß sich auch in einer Phase zeitweiliger Liberalisierung nach Gomułkas Machtantritt soziale Kontrolle und Disziplinierungsmaßnahmen vor allem auf Produktionsarbeiter konzentrierten. Dem gleichen Zeitraum wandte sich auch *József Ö. Kovács* (Miskolc) zu. Sein Beitrag „Arbeiterexistenz in Ungarn nach 1956. Einige Schnittpunkte der Mikro- und Makrogeschichte“ zielte darauf ab, die Grenzen der Diktatur im Arbeitermilieu aufzuzeigen. Zunächst zeichnete *Kovács* anhand statistischen Materials ein soziales Porträt der ungarischen Arbeiterschaft in den fünfziger und sechziger Jahren, wobei er die Herkunft großer Gruppen aus der Landwirtschaft, anderen Berufen und von bisher nicht erwerbstätigen Frauen hervorhob. Handelte es sich hier um einen Mobilisierungserfolg, mußte die Parteiführung aber in der Folge erhebliche Anstrengungen zur „Erziehung der Arbeiterklasse“ unternehmen. Hier lagen Anspruch und Realität weit auseinander. Das traf auch auf die Praxis der Arbeitswettbewerbe zu. Ein abschließender Vergleich der Entwicklung in Ungarn und der DDR macht eine permanente Spannung im Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Parteiregime sichtbar.

Die dritte Sektion „Arbeiter in sozialen und politischen Konfliktkonstellationen“ wurde mit dem Vortrag „Politische und soziale Konflikte im Ostblock“ von *Christoph Kleßmann* (Potsdam) eingeleitet. Im Mittelpunkt stand die Frage, welche spezifische Rolle die Arbeiterschaft dabei spielte. Jeder soziale Konflikt sei im sowjetischen Block aus der Sicht der Machteliten als politische Bedrohung wahrgenommen worden. Entsprechend reagierten sie. Kleßmann plädierte dafür, die Verbindung von sozialen und politischen Konfliktlagen als Leitlinie vergleichender Längsschnittanalysen zu nutzen. Generell sei der kommunistische Zweig der Arbeiterbewegung integraler Bestandteil ihrer Gesamtgeschichte. Das Modell des Arbeiterstaates gehe auf die Axiome der Diktatur des Proletariats und der Avantgarde-Partei zurück. In dieser Konfiguration entstanden charakteristische Konfliktmuster. Um sie systematisch zu vergleichen, schlug *Kleßmann* eine Reihe von Leitfragen vor, als deren wichtigste Stichworte Tradition, Gewerkschaften, Zusammensetzung der Betriebsbelegschaften, Lerneffekte, Konfliktinhalte und die Rolle der Intelligenz zu nennen seien. Er exemplifizierte dann diese Zugänge an einzelnen Konfliktfeldern der Jahre nach 1945, 1956 und 1970.

Auf „Konfliktlagen und Konfliktformen in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR“ ging *Helke Stadtland* (Bochum) ein. Anhand dominanter Interessenlagen von Arbeitern zeigte sie, daß die SED-Führung weniger auf den Druck politischer Forderungen als auf den durch materielle Ansprüche erzeugten zu reagieren hatte. Interessen und Ideologie fanden hier ein gemeinsames Feld, auf dem es ebenso zu Arrangements wie zu Konflikten kommen konnte. Soziale Zugeständnisse hätten zwar ein Stillhalten, nie aber eigentliche Zufriedenheit bewirkt. Immerhin habe die SED durch die Kanalisierung von Konflikten ihre Herrschaft mittelfristig sichern können. *Renate Hürtgen* (Berlin) beschrieb das „Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel“, wobei sie insbesondere auf Streiksituationen einging. Sie bestätigte die empirisch gesicherte

These vom defensiven Charakter der meisten in der DDR ausgebrochenen Arbeitskonflikte. Der Betrieb sei ein Herrschaftszusammenhang gewesen, der sich nicht allein auf die Tätigkeit der Staatssicherheit reduzieren lasse. Abschließend formulierte sie Fragen, die von der Forschung noch genauer zu beantworten seien, so nach Unterschieden im Belegschaftsverhalten, nach den Gründen für das exzessive Kontrollsystem in den Betrieben, nach dem Verhältnis zwischen Betriebsleitungen und Belegschaften und schließlich nach den Merkmalen des Konfliktverhaltens. *Bernd Gehrke* (Potsdam) präsentierte Thesen zu „Opposition und Arbeiterschaft in der DDR“. Der Umbruch 1989 habe gezeigt, daß DDR-Opposition und Arbeiterschaft unterschiedliche Zielvorstellungen hatten. 1990 hätten insbesondere Arbeiter die DDR mit Vehemenz verabschiedet, während im Gegensatz zum Juni-Aufstand 1953 die Betriebe und Baustellen in diesem Umbruch keine vordergründige Rolle spielten. Lediglich eine Minderheit in der Opposition habe der Arbeiterbewegungskultur entstammende Riten und Symbole verwendet. Dies deute auf einen Kontinuitätsbruch, der nur durch die Entwicklung der DDR selbst bewirkt worden sein konnte. Auf ähnliche Probleme gingen auch *Jędrzej Chumiński* und *Krzysztof Ruchniewicz* (beide Wrocław) in ihrem Beitrag „Arbeiter und Opposition in Polen“ ein. Anhand neuerer Forschungen arbeiteten sie auf den Rekrutierungsprozeß der polnischen Industriearbeiterschaft und seine Bedeutung für die Akzeptanz des PZPR-Regimes hin. Nur ein Drittel der nach 1945 beschäftigten Arbeiter sei vor dem Zweiten Weltkrieg schon Arbeiter gewesen. In den alten Industriestandorten hätte die neuen Machthaber nur schwer Fuß fassen können. Bei jüngeren, vor allem aus der Landwirtschaft kommenden Arbeitern fiel ihnen das leichter. Das Thema sei für die ersten Nachkriegsjahre relativ gut erforscht, dagegen wurden die ersten fünfziger Jahre nur wenig berücksichtigt. Eine intensivere Beschäftigung mit der Geschichte des Arbeiterprotests in Polen setze beim Jahr 1956 ein. In einem längeren Beitrag zum Thema „Arbeiter, industrieller Konflikt und Staatssozialismus im sozialistischen Ungarn 1948-1989“ stellte *Mark Pittaway* (London/Milton Keynes) Erträge seiner langjährigen Forschungen vor. Er stellte eine zunehmende Formalisierung des Protestverhaltens der Arbeiter fest, wobei die Tendenz von spontanen Aktionen zu Aushandlungsprozessen ging. Ein Vergleich mit anderen staatssozialistischen Ländern zeige grundsätzlich ähnliche Entwicklungen. Das bestätigte auch *Peter Heumos* (Moosburg) mit Anmerkungen „Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945-1968“. Bemerkenswert sei ein Bestreben der Arbeiter zur Entpolitisierung der Produktion gewesen, um eine staatliche Intervention in die betriebliche Sphäre möglichst gering zu halten. Auf der Betriebsebene hätte sich ein informeller „Planerfüllungspakt“ durchgesetzt. Das Bestreben, industrielle Konflikte auf den Einzelbetrieb zu beschränken, sei aber nicht nur eine Folgeerscheinung kommunistischer Praxis, sondern man könne darin auch die Wiederaufnahme einer industrie-gesellschaftlichen Tradition der Ersten Republik sehen. Als Moderatorin bot *Mary Fulbrook* (London) einen systematisierenden Überblick zu den unterschiedlichen Formen des Arbeiterprotestes und der staatlichen Reaktionen darauf. Sie skizzierte ein Spektrum, das von harten,

konfrontativen Auseinandersetzungen bis zu weichen, um Ausgleich bemühten Arrangements reichte. Im Hinblick auf letztere könne man den Begriff eines „geheimen Sozialpaktes“ aufnehmen. Die Proteste der Arbeiter spannten sich von kollektiven bis zu individuellen Formen, wobei auch Fulbrook bestätigte, daß auf längere Sicht eine zunehmende Formalisierung erkennbar sei.

An die Zusammenfassungen der Moderatoren und die Einführungsvorträge schloß sich nach jeder Sektion eine angeregte Diskussion an. Ohne sie hier im einzelnen rekapitulieren zu können, seien einige Schwerpunkte hervorgehoben, die auch in der weiteren Forschung Beachtung finden dürften. So ging es um das Verhältnis von Arbeitern und Machtelite in den sozialistischen Ländern und darum, wie weit das sowjetische Modell übertragbar war. Gefragt wurde, welche Bedeutung die Erscheinungsformen von Trade-Unionismus hatten und wie sich die Existenz unterschiedlicher Arbeitermilieus auf das Konfliktverhalten auswirkte. Auch ging es um die Rolle der Partei in den Betrieben. Ihre Aufgaben überschnitten sich teilweise mit denen der Betriebsleitungen und der Gewerkschaften. Die Diskussion tendierte dahin, dem Argument von Allmacht und Allgegenwärtigkeit der Staatsparteien und ihrer Repressivorgane ein an den Quellen orientiertes differenzierteres Bild entgegenzuhalten. Zudem sprach einiges für eine stärkere Gewichtung von kulturellen Prägungen, nationalen Traditionen und sozialen Milieus, wenn man das Verhalten von Arbeitern im Staatssozialismus beurteilen will. Im Hinblick darauf wurde aber auch vor einem Überhandnehmen kulturalistischer Erklärungsversuche gewarnt und eine stärkere Rückbesinnung auf „harte“ Fakten verlangt.

In kurzen abschließenden Statements faßten *Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenfelde* einige Gesichtspunkte zusammen, unter denen das Thema des Kolloquiums weiter zu diskutieren wäre. Hübner hielt es für angezeigt, vor einer romantischen Idealisierung der Arbeitsbrigaden zu warnen und ihre Existenz von unterschiedlichen Seiten her zu beleuchten. Ebenso regte er an, die sozialistischen Arbeitsgesellschaften auch unter dem Aspekt der Nicht-Arbeit genauer zu betrachten, also nach Formen von Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und anderen Arten der Exklusion von der Erwerbsarbeit zu fragen. Kleßmann unterstrich die Notwendigkeit des synchronen und diachronen Vergleichs, um die Modernisierungseffekte und -defizite des sowjetischen Modells in Mittel- und Osteuropas genauer auszuloten. Mehr Beachtung verdienten seiner Meinung nach auch die Übergänge aus der ländlichen Bevölkerung in den Industriearbeiterstatus, die Pfade und Barrieren sozialer Aufstiege von Arbeitern in die Macht- und Funktionsebenen wie auch der Wandel im Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Intelligenz. Tenfelde sprach sich neben methodisch ausgefeilten sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Zugängen zur Arbeitergeschichte für einen kulturhistorischen Ansatz aus. Kulturelle Faktoren hätten eine wichtige Vermittlungsfunktion nicht zuletzt auch für soziale und ökonomische Zusammenhänge. Er bewertete das Kolloquium als einen gelungenen Auftakt, dem weitere Veranstaltungen mit schärfer begrenzten Themen und im engeren Teilnehmerkreis folgen sollten.